PRESSEDIENST GVV - DER GEMEINDEVERBAND

GVV Burgenland hätte sich parteiübergreifende Unterstützung für Landeshauptmann-Vorstoß erwartet

FAG: Erhöhung des Gemeindeanteils oberstes Gebot der Stunde

Eisenstadt, 26. Juli 2024 - Der GVV Burgenland ist erstaunt über die Kritik der ÖVP und deren kommunalpolitischen Vertreter zur zusätzlichen finanziellen Unterstützung der burgenländischen Gemeinden. Präsident Erich Trummer betont, dass das Gemeindepaket von € 70 Mio., wovon € 25 Mio. aus dem Landesbudget stammen, eine deutliche Entlastung für die Gemeinden darstellt, und plädiert für eine parteiübergreifende Zusammenarbeit: "Anstatt zu kritisieren, sollten wir gemeinsam an einem Strang ziehen." Die Landes-ÖVP hatte ein aktuelles Entlastungspaket von jährlich € 38 Mio. bisher noch abgelehnt, welches die Erhöhung der Personalkosten für Kindergärten und Kinderkrippen wertgesichert sowie die Aufgabenübernahme des Müllverbands samt Übernahme der Gemeindeentsorgungskosten durch das Land umfasst hätte. Trummer fordert die burgenländische Volkspartei auf, das Angebot vom Beginn dieses Jahres – ausverhandelt von Vertreterinnen und Vertretern des Gemeindevertreterverbandes, des Gemeindebundes und des Städtebundes – zu akzeptieren, um Glaubwürdigkeit zu beweisen und die finanziellen Interessen der Gemeinden zu schützen. Zudem appelliert er an die Bundesregierung, den Gemeindeanteil im Finanzausgleich auf 15 % zu erhöhen, um die finanzielle Grundlage der Gemeinden langfristig zu sichern und regionale Ungleichheiten zu beheben.

Völlig überrascht zeigt sich der GVV Burgenland über die Kritik seitens der ÖVP und deren kommunalpolitischen Vertretern im Burgenländischen Gemeindebund zur zusätzlichen finanziellen Unterstützung der Gemeinden. "Das Gemeindepaket in der Gesamthöhe von € 70 Mio. – davon € 25 Mio. aus dem Landesbudget – wird die Gemeinden spürbar entlasten", bekräftigt Präsident Bgm. Erich Trummer einmal mehr. Anstatt des Schlechtredens des größten österreichweiten Gemeindeentlastungspaketes, das ein Ergebnis von guter Zusammenarbeit zwischen Land und Kommunen auf Augenhöhe ist, würde er sich eine konstruktive parteiübergreifende Zusammenarbeit wünschen.

Trummer fordert parteiübergreifende Zusammenarbeit

Immerhin waren es die Spitzen der Landes-ÖVP, welche zu Beginn des Jahres ein von Gemeindevertreterverband, Gemeindebund und Städtebund ausverhandeltes und vor allem nachhaltiges Gemeindeentlastungspaket mit der Personalkostenerhöhung auf 85 % für Kindergarten und Kinderkrippe abgelehnt haben. Dieses hätte ein Gesamtvolumen von jährlich € 38 Mio. wertgesichert bedeutet und die Aufgaben des Müllverbandes samt Übernahme der Entsorgungskosten für Gemeinden wären von der Landesholding übernommen worden. "Ich fordere die Abgeordneten der burgenländischen Volkspartei auf, dieses Angebot schnellstmöglich anzunehmen. Denn nur so können sie noch einen

Funken an Glaubwürdigkeit wahren, wenn es ihnen wirklich um die Interessen der burgenländischen Gemeinden und deren finanziellem Überleben geht", so GVV-Präsident Trummer.

Appell an die Bundesregierung: Gemeindefinanzierung langfristig sichern Nach der Unterstützung des Landes mit Landeshauptmann Hans Peter Doskozil an der Spitze ist einmal mehr der Bund mit der Steuerhoheit in Österreich gefragt. Um die täglichen Aufgaben der Gemeinden auf lange Sicht zu gewährleisten, braucht es langfristig die entsprechende finanzielle Grundausstattung. Diese kann es nur geben, wenn der Gemeindeanteil im Finanzausgleich auf 15 % erhöht wird. "Daher wäre es aus burgenländischer Sicht sinnvoll, wenn alle an einem Strang ziehen würden und parteiübergreifend auf die Vertreterinnen und Vertreter in der Bundesregierung eingewirkt wird", fordert Trummer die nörgelnden Landespolitiker und Gemeindevertreter abschließend auf, im Sinne der Gemeinden zu arbeiten.

GVV Burgenland

Patrick Hafner, MA 2. Landesgeschäftsführer

t: +43 (0) 664 87 89 720 | e: patrick.hafner@gvvbgld.at

w: www.gvvbgld.at

Dateianhang: Erich-2021-(4).jpg